

Die Landeshandwerkskammer Mecklenburg schreibt aus Rostock zum Beispiel folgendes:

„Die Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat ist sehr unterschiedlich. Es muß jedoch festgestellt werden, daß teilweise eine offensichtliche Benachteiligung bzw. Hinterrücksetzung des Handwerks erfolgt, da ein großer Teil der Funktionäre nicht über die Aufgaben und die Leistungen des Handwerks unterrichtet ist. Dieses bezieht sich sowohl auf die Bezirksverwaltung als auch auf die Kreisverwaltung. Obwohl durch die Regierung einwandfrei die Ständige Kommission und deren Aufgaben eindeutig festgelegt sind, werden einfach Vertreter des Handwerks hierzu überhaupt nicht oder nur bedingt hinzugezogen.“

Wenn unser Genosse Präsident Wilhelm Pieck es für richtig hält, eine Handwerkerdelegation zu empfangen und mit ihr die Fragen des Handwerks und der Steigerung der Massenbedarfsgüterproduktion zu besprechen, dann sollte das zugleich auch ein Signal für die verantwortlichen Funktionäre in den Kreisen sein, dem Handwerk mehr als bisher Beachtung zu schenken.

Ein anderes Beispiel soll zeigen, wie eine richtige Einschaltung der Arbeit des Handwerks auch zu einer Erhöhung der Warenbereitstellung führt.

Die Genossenschaft des metallverarbeitenden Handwerks im Kreis Luckenwalde läßt durch ihre Betriebe (also die einzelnen Handwerker) Fensterbeschläge, Klapp-scharniere, Kettenspanner, Muttern für die Elektrobranche, Möbelbeschläge, Aktentaschenschienen und vieles andere mehr anfertigen. Zur Sicherung der Materialzufuhr für diese Produktion hat die Genossenschaft einen Freundschaftsvertrag mit dem VEB MEWA, Luckenwalde, abgeschlossen und übernimmt von dort sämtliche für das Handwerk noch verwendbaren Abfallmaterialien, so daß die Produktion der obengenannten Waren sichergestellt ist. Es geht also auch anders!

Die Berichte unserer Kreisleitungen zeigen, daß es nur ganz wenige Kreissekretariate gibt — man kann sie an der Hand abzählen —, welche die Fragen der Steigerung der Massenbedarfsgüterproduktion in der privaten Industrie und auch durch das Handwerk behandeln und sich damit beschäftigen.

Es wird also höchste Zeit, daß die sektiererischen und kleinmütigen Auffassungen gegenüber der privaten Industrie und dem Handwerk überwunden werden. Zur Überwindung dieser schädlichen Auffassungen gehört auch die Bekämpfung einer solchen Meinung, daß die Politik der Partei und Regierung gegenüber der Privatindustrie und dem Handwerk „mit Augenzwinkern“ erfolgt und nicht auf lange Sicht berechnet sei. Diese Meinung taucht vor allem unter den Unternehmern und Handwerkern selbst auf. Sie ist ein Argument des Gegners und als solches auch zu bekämpfen. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß wir uns gegenüber den reaktionären feindlichen Elementen unter den Unternehmern, den Großbauern usw. nicht versöhnlicher verhalten dürfen. Diesen Elementen müssen wir unseren verschärften Kampf ansagen, sie entlarven und mit Hilfe unserer demokratischen Gesetzlichkeit verhindern, daß sie unserer Arbeiter- und Bauernmacht Schaden zufügen.

Die Zahlen des Volkswirtschaftsplanes und auch die der Verordnung zur Erhöhung und Verbesserung der Produktion von Verbrauchsgütern für die Bevölkerung, in denen die Steigerung der Produktion der privaten Industrie und des Handwerks zum Ausdruck kommt, geben allen

Genossen die Argumente zum Kampf gegen falsche Auffassungen in die Hand.

Es ist auch zu beachten, daß unter den Bedingungen des neuen Kurses große politische Möglichkeiten bei der Gewinnung der privaten Unternehmer und Handwerker zur Mitarbeit in der Nationalen Front und zur Beteiligung am Friedenskampf und am Kampf um die Einheit Deutschlands vorhanden sind.

Es ist nicht schwer, dem Privatunternehmer begrifflich zu machen, daß ihn unsere staatliche Ordnung von der wirtschaftlichen Unsicherheit, von den Auswirkungen der ständigen Krisenerscheinungen der kapitalistischen Ordnung, von der Furcht vor geschäftlichem Niedergang, Verschuldung und Bankrott befreit hat. Während in Westdeutschland die monopolistischen Haifische auf einen sich ständig steigernden Profit spekulieren, gehen die kleineren Unternehmer zugrunde, niederkonkurriert von den Monopolen, erdrückt von der Steuerlast und ruiniert durch die absinkende Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung. Die in der westdeutschen Presse laufend veröffentlichten langen Listen der Konkursöffnungen beweisen das.

Bei uns hat der Privatunternehmer eine genau entgegengesetzte Perspektive. Unser Volkswirtschaftsplan sieht keinen Rückgang, sondern die Steigerung der privaten Produktion vor. Die Kaufkraft der Bevölkerung, die die Geißel der Arbeitslosigkeit nicht mehr kennt, steigt ständig. Unsere Politik sichert den friedlichen wirtschaftlichen Aufbau und kämpft aktiv gegen die Gefahr eines neuen Krieges. Die privaten und geschäftlichen Interessen der selbständigen Unternehmer werden, so merkwürdig es klingt, unter den Bedingungen der Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR besser gewahrt als in der kapitalistischen Ordnung des Westens.

Welche wichtigen Schlußfolgerungen ergeben sich für die Kreisleitungen unserer Partei?

Zunächst sollten sich die Genossen der Kreisleitungen an Ort und Stelle informieren, welche Maßnahmen die Betriebsparteiorganisationen vor allem der volkseigenen örtlichen Betriebe beschlossen und durchgeführt haben, um zu garantieren, daß entsprechend der Verordnung unserer Regierung vom 17. Dezember 1953 in ihren Betrieben alle Möglichkeiten zur Erhöhung und Verbesserung der Produktion von Massenbedarfsgütern ausgenutzt werden. +

Es ist festzustellen, ob auch alle Kapazitäten der volkseigenen örtlichen und privaten Industrie sowie des Handwerks für diese Produktion ausgenutzt sind. Entsprechende Schlußfolgerungen müssen in Form von Beschlüssen, die konkrete Maßnahmen enthalten, gezogen werden.

Es ist zu empfehlen, daß sich die Sekretariate der Kreisleitungen von Zeit zu Zeit von den Leitungen einiger Grundorganisationen berichten lassen, wie es in ihrem Betrieb mit der Produktion von Verbrauchsgütern vorwärtsgeht, wie der Kampf um eine höhere Qualität und ein größeres Sortiment, wie der Kampf gegen Schund und Ausschuß geführt wird. Dabei ist besonders notwendig, zu untersuchen, wie die Betriebsparteiorganisation die Belegschaft für die Durchführung der Verordnung vom 17. Dezember 1953 mobilisiert hat. Im Ergebnis dieser Berichterstattung sind ebenfalls konkrete Beschlüsse zu fassen. Schließlich muß in verstärktem Maße die Kreispresse dazu benutzt werden, um die guten Beispiele, die es bei der Erhöhung und Verbesserung der Produktion von Verbrauchsgütern gibt, als Anregung für alle Betriebe ausführlich zu behandeln.